



**BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG**

BGE | Eschenstraße 55 | 31224 Peine

Nationales Begleitgremium
Geschäftsstelle

Buchholzweg 8
Haus 3, Eingang 3A
13627 Berlin

Eschenstraße 55
31224 Peine
T +49 5171 43-0
www.bge.de

Ansprechpartner

Durchwahl

Fax

E-Mail @bge.de

Mein Zeichen

SG01102/8-9/4-2021#21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Datum 19. Mai 2021

Kommentar zum Gutachten

„Entsprechen die Referenzdatensätze, die die BGE zur Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien teilweise eingesetzt hat, dem „state of the art“?“

„Sind sie also in ihrer Fachlichkeit für die Aufgabe der Ermittlung von Teilgebieten angemessen und entsprechen sie dem Stand von Wissenschaft und Technik?“

Sehr geehrter ,

wir möchten uns auf diesem Wege für das Gutachten bedanken. Wir werden Ihre Anregungen im Sinne des lernenden und trichterförmigen Verfahrens bei den Arbeiten zur Ermittlung von Standortregionen gerne so weit möglich berücksichtigen. Wir möchten jedoch folgende Hinweise zu ihrem Gutachten geben:

Für das Gutachten wurde die Definition des Begriffs „Referenzdatensatz“ nach EnArgus (2021) herangezogen. In den Arbeiten zur Ermittlung von Teilgebieten wurde jedoch keine Sammlung eine Datenmenge in Tabellenform intendiert, sondern eine Sammlung von Literaturreferenzen zu den jeweiligen Wirtsgesteinen. Diese Zusammenstellung von Literaturreferenzen hatte im Sinne des trichterförmigen Verfahrens außerdem keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Das Ziel der Unterlage „Referenzdatensätze“ war das Aufzeigen der möglichen physikalischen Bandbreite (in der Natur vorkommender) Werte der für die Bewertung der Indikatoren notwendiger Eigenschaften (Parameter), bspw. der Gebirgsdurchlässigkeit. Die Wahl des Begriffes „Referenzdatensatz“ war dahingehend rückblickend irreführend und die Unterlage hätte anders bezeichnet werden können, bspw. „Zusammenstellung repräsentativer Werte“ o. ä..

Bundes-Gesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)

Sitz der Gesellschaft: Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)

Geschäftsführung: Stefan Studt (Vors.), Beate Kallenbach-Herbert, Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch

Vorsitzender des Aufsichtsrats: Staatssekretär Jochen Flasbarth

Kontoverbindung: Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg - IBAN DE57 2699 1066 7220 2270 00, BIC GENODEF1WOB

USt-Id.Nr. DE 308282389, **Steuernummer** 38/210/05728



Im Sinne des trichterförmigen Verfahrens sowie der Verfahrensökonomie erfolgte bei der Ermittlung von Teilgebieten eine Unterteilung der Unterlage hinsichtlich der drei zu betrachtenden Wirtsgesteine. Es wurde, wie angemerkt, keine weitere Differenzierung der verschiedenen regionalgeologischen und stratigraphischen Einheiten vorgenommen, auch wurde nicht zwischen Prä-Tertiären und Tertiären Tonen unterschieden. Eine Erhöhung des Detailgrades ist im weiteren Verlauf des trichterförmigen Verfahrens vorgesehen. Der gewählte Detailgrad geschah in Übereinstimmung mit dem StandAG (Anlage 1 (zu § 24 Abs. 3)): „Solange die entsprechenden Indikatoren nicht standortspezifisch erhoben sind, kann für die Abwägung das jeweilige Wirtsgestein als Indikator verwendet werden.“

Die Einschätzung, dass „[...] durch die Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien, zum größten Teil basierend auf den Referenzdatensätzen und damit pauschal, keine wesentliche Eingrenzung der Fläche der identifizierten Gebiete hin zu den Teilgebieten erfolgte.“ ist nicht korrekt. Die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien wurden auf die identifizierten Gebiete angewendet, außerdem: „Im Zuge der Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien kommt es im Schritt 1 der Phase I zu keiner Flächenänderung der identifizierten Gebiete, da die Datengrundlage (Existenz, räumliche Auflösung) entsprechende Grenzziehungen nicht präzise genug ermöglicht.“ (S. 36, BGE 2020k). Die Anwendung der geoWK hätte also auch ohne die Verwendung von Referenzdatensätzen nicht zu einer Flächenreduktion geführt. Auf Basis der Anwendung der geoWK wurde die Anzahl der Gebiete reduziert. Ihre Einschätzung, dass der Einsatz von Referenzdatensätzen im Schritt 1 einen geringen Einfluss und wenig Differenzierungspotential hatte ist dementsprechend richtig und war zu erwarten. Die Verwendung von Referenzdatensätzen war jedoch auf Grund der Tatsache, dass nach StandAG eine Bewertung nach allen 11 Kriterien vorgeschrieben ist sowie auf Grund des ausdrücklichen Verweises auf die Verwendung von Referenzdatensätzen in Anlage 1 notwendig und zielführend. Der Grund für die Verwendung war nicht wie von Ihnen angeführt: „Um zu verhindern, dass Gebiete aufgrund nicht hinreichender geologischer Daten nicht eingeordnet werden können, hat die BGE [...]“.

Wir stimmen Ihnen zu, dass im weiteren Verlauf des Verfahrens die Zusammenstellung von Eigenschaften (Parametern) in einer Datenbank (Tabellenform) erfolgen sollte. Immer dann, wenn möglich sollen diese Eigenschaften möglichst gebietsspezifische vorliegen. Falls dies noch nicht der Fall ist, dann können weiterhin Referenzwerte herangezogen werden, idealerweise für die stratigraphische Einheit. Durch eine solche Vorgehensweise wird auch die von Ihnen erwähnte statistische Auswertung möglich. Wie oben beschrieben war der Zweck der Zusammenstellung in Schritt 1 des Verfahrens jedoch anders gelagert und eine detaillierte Vorgehensweise noch nicht notwendig. Außerdem möchten wir uns für den Hinweis auf die P3-Datenbank bedanken. Eine Zusammenarbeit mit den Erstellern dieser Datenbank ist bereits in Umsetzung.



Wir möchten uns außerdem für die Anregung zu einer fachöffentlichen Rezension bedanken und diesen Hinweis für die Erstellung von zukünftigen Datensätzen berücksichtigen. Die geoWK werden im Schritt 2 der Phase 1 erneut zur Anwendung kommen und dabei den Bewertungsprozess mittels Bewertungsmodul erneut durchlaufen.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Abteilungsleiterin
Vorhabensmanagement

i. V.

Abteilungsleiter
Sicherheitsuntersuchungen